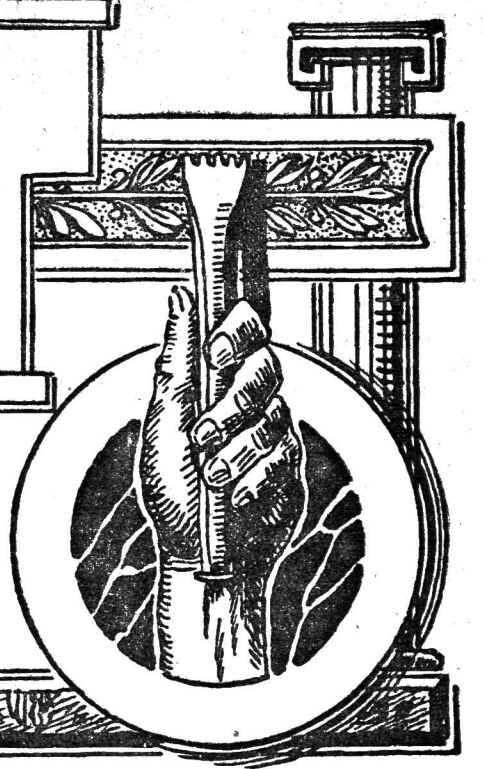
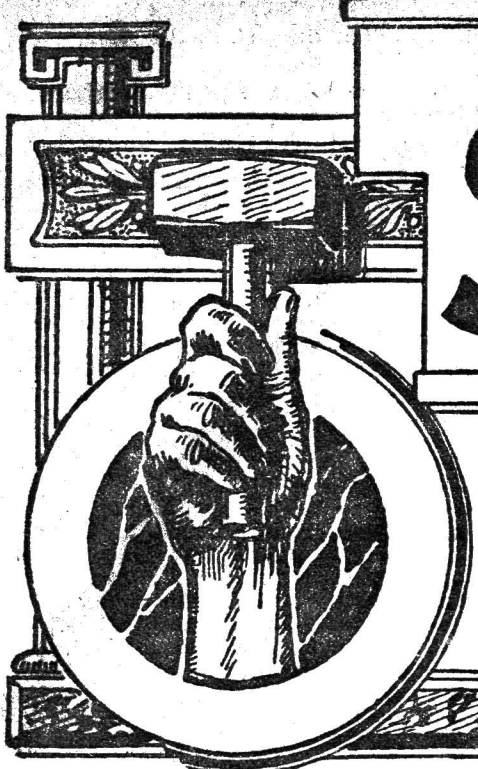


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von
zwei Nummern ab 60 Pfg.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg.,
von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum
berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten
der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete
Bezahlung angenommen.

Nr. 2.

Sonnabend, den 9. Januar 1904.

8. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Kostoc. Granitarbeiter. Der Streik ist durch Einigung vor dem Gewerbegericht beigelegt. Es sind 6 Mann noch nicht eingestellt, darum ist Zugang noch fernzuhalten. Näherer Bericht nächste Nummer.

Dresden. Bei der Firma Stein legten sämtliche Granitarbeiter wegen Lohnreduktion die Arbeit nieder. Die Marmorarbeiter erklärten sich mit ihnen solidarisch.

Guden. Nach hier ist der Zugang fernzuhalten.

Die Gleichberechtigung der Arbeiter.

„Es kommt darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind und als solcher anerkannt werden“, so hatte Wilhelm II. im Jahre 1889 zu einigen bürgerlichen Sozialpolitikern gesagt. Das Wort ist in der Folgezeit zu einem Schlagwort der bürgerlichen Sozialpolitik geworden. Besonders anfangs der 90er Jahre, zurzeit der kaiserlichen Erlasse, als man dem Arbeiter wieder einmal zur Abwechslung mit dem Fuderbrot anstatt mit der Peitsche diente, als man ihn mit schönen Redensarten aus den Armen der verhehenden, verderbbringenden Sozialdemokratie zu entreißen gedachte, da konnte man des Befehlers von der anzuführenden „Gleichberechtigung der Arbeiter“ hören. Die Worte fielen damals nicht auf sonderlich fruchtbaren Boden. Die deutschen Arbeiter hatten ihre politische Naivetät lange eingeübt, die dazu nötig ist, um in Worten dieses Bürgertums politische Garantien für die Zukunft zu erblicken. Und wenn durch nichts andres, so war die deutsche Arbeiterchaft durch, das eben erst überstandene „Vorkriegs“-Jahr, endlich belehrt worden, daß der Glaube an die „Gleichberechtigung der Arbeiter“ ein Nihilerglaube sei. Den Arbeiter hat dieser Erkenntnis noch nicht gekommen waren, ist er durch das Umfurggesetz, die Zuchthausvorlage und den vorher dazu produzierten Pofadowskischen Erlaß eine gründliche Belehrung darüber zuteil, wie sehr Worte und Taten bei den herrschenden Klassen miteinander differieren, daß ein Teil derselben gar nicht den Willen hat, den schönen Worten nun auch die Taten folgen zu lassen, daß auf den andern, kleineren Teil das Wort zutrifft: Wollen habe ich wohl, aber vollbringen das Gute finde ich nicht.

Kürzlich erst sagte der bekannte Staatssekretär von Köller, wir müßten die größten Esel sein, wenn wir das Vereinsgesetz für Elaf-Notbringen zugunsten der Sozialdemokratie auslegen würden, denn wir bekämpfen ja diese Partei. Das nennt man den Standpunkt des Rechts wahren. Von einer Gleichberechtigung der Arbeiter ist somit keine Spur; uns wundert aber nur, wenn die höchsten Regierungsvertreter sich nicht scheuen, so offensichtlich vom Wege des Rechts abzugehen. Gelegentlich einer Reichstagsverhandlung im vorigen Jahre sagte Graf Bülow, der ja bekanntlich um schöne, aber immerhin recht inhaltslose Worte niemals verlegen ist, folgendes:

Der Kaiser sei davon durchdrungen, daß der Arbeiter gleichberechtigt sein soll mit andern Ständen und Klassen und daß die Gleichberechtigung ihren gesetzgeberischen Ausdruck finden solle, und was der schönen Worte mehr sind. Nehmen wir das Wort ernst, so sagt es doch so viel, daß bisher von einer Gleichberechtigung des Arbeiters mit andern Gesellschaftsklassen nicht gut geredet werden konnte, daß diese Gleichberechtigung bisher nicht existierte, wenn sie erstrebt werden soll. Das sagt so viel, daß diese Gleichberechtigung noch nicht einmal in der Gesetzgebung ihren Ausdruck findet. Und in der Tat befindet sich der Arbeiter gegen die andern Bevölkerungsklassen auf allen gesetzgeberischen Gebieten im Nachteil. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist in jeder Hinsicht mangelhaft, besonders für die unerläßlich politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft unterliegt es den mannigfachen Beschränkungen, während für das Unternehmertum solche organisatorische Schranken praktisch ganz wirkungslos bleiben. Wir erlangen beispielsweise eines allgemeinen, freien und einheitlichen Vereinsrechts für das ganze Reich, was sich eben wieder nur bei den organi-

zatorischen Bestrebungen der Arbeiterschaft unangenehm fühlbar macht. Gäßen wir ein Reichsvereinsrecht, so hätte Köller die schon zitierte Aeußerung im Reichstage wohl kaum vorbringen können. Und der Rest von Koalitionsfreiheit, den heute die Gewerbeordnung noch gewährt, wird noch getrübt und beschränkt durch die Schikanen der Verwaltungsbehörden. Und gerade hierbei zeigt es sich, wie wenig heute von der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes gesprochen werden kann. Den Unternehmern kommen die Verwaltungsbehörden mit der größten Rücksicht entgegen, den Arbeitern keineswegs. In den letzten Tagen ging durch die Presse eine Notiz, woraus ersichtlich ist, daß man in Sachen der Organisationen neue Schikanen bei der Abhaltung von Versammlungen aufhäuft.

Weiter erinnere man sich nur der polizeilichen Schikanen gegen Arbeiterorganisationen wegen Einreichung der Mitgliederlisten, Anmeldung und Ueberwachung der Versammlungen und was der organisatorischen Seminare mehr sind. Hat man schon je etwas davon gehört, daß solche Bestimmungen auch gegen Unternehmerorganisationen angewandt worden sind, und wenn es doch geschah, trug das Einschreiten der Behörden dann auch jenen schikanösen Charakter, den wir Arbeiter in unsern organisatorischen Bestrebungen nur gar zu oft kennen lernen mußten? Beileibe nicht.

Aber weiter: Alle ernst Sozialpolitiker sind sich einig darin, daß ein Koalitionsrecht im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung ohne Streikpostenstehen nahezu wertlos ist. Besonders bei größeren Streiks ist das Streikpostenstehen nötig, soll überhaupt ein Erfolg erzielt werden. Mit allen Mitteln sind die Behörden gegen das gesetzlich erlaubte Streikpostenstehen angegangen: Verkehrspolizeiverordnungen, Straßenpolizeiverordnungen und andre polizeiliche Reglements wurden herbeigeholt, um gegen die ihr Recht ausübenden Arbeiter Anwendung zu finden. Bei diesem Hinweis wollen wir wiederum bloß Grimmschau nennen, und jeder denkende Arbeiter weiß Bescheid, mit welchen Gewaltmaßregeln diese kämpfenden Helden geschuhriegelt werden. Und wenn in der deutschen Gesetzgebung auch der Grundsatz gilt: „Reichsrecht geht vor Landesrecht“, für die Polizei war das nicht maßgeblich. Sie stellte einen neuen Grundsatz auf: Polizeirecht geht vor Reichsrecht. Und die Justiz machte sich diesen Grundsatz zu eigen.

Doch auch hier findet das neue Polizeirecht nicht für alle Bürger und Klassen gleiche Anwendung. Waren wir nicht gar zu oft Zeuge dessen, wie das Unternehmertum in der herausforderndsten Weise auf Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen sich breit machte, wo es den Arbeitern verwehrt war, sich zu bewegen? Daß das Unternehmertum den Schutz der Polizei und der Justiz in Anspruch nahm, wo die Arbeiterschaft, die oft genug in Wahrung ihrer verbrieften Rechte handelte, vergeblich Schutz suchte? Man braucht nur noch die bei den Behörden beliebte verschiedene Beurteilung der Berufszerklörung in Vergleich zu ziehen, und man hat den besten Beweis dafür, was es mit der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf sich hat. Eine Arbeiterorganisation, die in gerechter Entrüstung über die arbeiterfeindliche Haltung eines Unternehmers zu Pressionsmitteln gegen denselben greift, hat oft genug mit den Gefahren polizeilicher oder gar gerichtlicher Verfolgung zu rechnen, während sich bei den Unternehmern immer mehr die Anwendung der schwarzen Listen eingebürgert hat, eines der brutalsten Kampfmittel, und kein Gericht hat sich bisher gefunden, das gegen diese Verfeinerung der Arbeiter vorgegangen wäre.

Und wie vieles wäre noch zu sagen, wollte man die jetzige Ungleichheit des Arbeiters gegenüber andern Gesellschaftsklassen vor Gesetz und Recht beleuchten. Wie vieles wird also zu ändern sein, soll die Gleichberechtigung des Arbeiters auch in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommen. Man kann nur wünschen, daß den schönen Worten bald die Taten folgen; daß die Gleichberechtigung des Arbeiters bald Tatsache werde und nicht mehr zu seinem Nachteil der Grundsatz Geltung behält, daß, wenn zwei daselbe tun, es doch nicht daselbe ist.

Freilich, wenn wir auf die Verheißungen der Bülow, Trimborn und Konsorten eine Besserung unrer rechtlichen Stellung für die Zukunft erhoffen, so werden wir

vergeblich hoffen. Diese Verheißungen sind Worte, nichts als Worte, wie es vor zehn Jahren Worte waren. Und dann sollten wir die Nutzenwendung aus dieser ganzen Politik ziehen, und die kann nur die sein, daß wir um ein Vinsengericht schöner Worte unrer Erstgeburtrecht nicht veräußern an einen Gegner, der uns schon so tiefe Wunden geschlagen hat. Stellen wir unsre Kräfte nur in den Dienste unrer Arbeiterschaft, und sie werden die besten Dienste leisten. Das wird auch die einzige Möglichkeit sein, die uns zur Erringung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft offen steht. War es nicht die Arbeiterschaft selbst, die einzig bisher an der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes gearbeitet hat? In dieser Weise werden wir auch weiter arbeiten müssen, wollen wir zum Siege kommen. Und so gilt es, die indifferenten Arbeiter, die das noch nicht begriffen haben, darüber aufzuklären, daß sie nur durch ihre eigne Kraft, durch ihre eignen Vertreter ihre volle Gleichberechtigung erreichen können.

Steinindustrie und Handelsvertragsverein.

Der Handelsvertragsverein hielt am 15. Dezember vorigen Jahres zu Berlin eine Sitzung ab, wo man auch über den Pflastersteinzoll eine eingehende Debatte pflog. An dieser Sitzung nahm der Vertreter der Hartstein-Industriellen, Herr Direktor Klein aus Haffersode teil, um für den Pflastersteinzoll eine Lanze zu brechen. Von diesem Herrn hatten wir auch nichts anderes erwartet, denn das Geil für die Pflastersteinindustrie wird nach Ansicht der Unternehmer im Zollschutz gesucht. Die Gründe, die Herr Klein für die Einführung eines Zollschutzes anführte, haben wir im Steinarbeiter schon des öfteren gewürdigt. Klein verkündete der Versammlung die schauerliche Mär, die Pflastersteinindustriellen in Deutschland geben 8 Proz. vom Verkaufswerte für sozialpolitische Fürsorge aus. Wir trauten unseren Augen kaum, als wir diese Ausführung im Steinbildhauer zur Kenntnis nahmen, denn allem Anschein nach hat Herr Klein, der ehemalige Sekretär des Steinmetzmeisterverbandes, den Bericht selbst verfaßt, und da hätten wir nicht erwartet, daß man in der breiten Öffentlichkeit solche unzutreffenden Behauptungen aufzustellen mag. Herr Klein betonte auch noch, die deutschen Steinbrucharbeiter seien durch sozialdemokratische Hezereien verführt. Wir glauben sehr gern, daß die Ausführungen im Steinarbeiter, sowie insbesondere auch in der Steinsegerzeitung den Pflastersteinindustriellen nicht gefiel und deshalb diese unqualifizierte Verdächtigung. Aus dem Bericht des Steinbildhauers geht hervor, daß Klein von 100 000 Arbeitern sprach, die in der Steinindustrie tätig seien. Für Nichteingeweihte mag es den Anschein gewinnen, als sei mit dieser Zahlenangabe die Pflastersteinindustrie gemeint; demgegenüber stellen wir fest, daß wohl acht Zehntel = 80 000 Arbeiter in der Sandstein- und Granitindustrie (Bauarbeit) beschäftigt sind, diese Zahlen somit der Richtigstellung bedürfen. Der Reichstagsabgeordnete Syndikus Gothein, der Leiter der Versammlung, erklärte, er gehörte seinerzeit der Zolltariffkommission an und da habe Pofadowski erklärt, es sei gar nicht daran zu denken, daß der Zoll bestehen bleibe; er bilde aber ebenso wie die Zollzölle ein gutes Kompensationsobjekt.

Wir können diese Ausführungen nur insoweit guthießen, indem selbst der Regierungsvertreter das Unsinntige eines Pflastersteinzolls ganz richtig erkannte und diesen Standpunkt auch unverhohlen zum Ausdruck brachte.

Der Unternehmervertreter gab aber noch eine Ausführung zum besten, die uns besonders stark interessiert, nämlich, jetzt gehe man auch dazu über, durch maschinelle Einrichtungen mehr und billiger zu produzieren, und in den ihm (Klein) unterstellten Betrieben seien schon jetzt zehn solcher Maschinen aufgestellt. Diese Darstellung soll den Anschein erwecken, als greffe man in der Pflastersteinindustrie bloß deshalb zu Maschinen, um billiger und mehr zu produzieren, weil bisher nicht genügend Zollschutz vorhanden war. Dem ist aber nicht so; denn wer die ganze wirtschaftliche, technische Entwicklung, insbesondere auch in der Steinindustrie kennt, muß zugeben, daß die Technik innerhalb

15 bis 20 Jahren ungeahnte Fortschritte gemacht hat. Kleinmachte aber zu sagen, die deutschen Pflastersteinarbeiter wären von der Einführung der Maschinen verschont geblieben, wenn eben der besagte Zollschutz, der von den Unternehmern beantragt wäre, Gesez würde.

Ein Berliner Stadtbaurat erklärte gegenüber den Darstellungen des Herrn Klein, es besteht die Gefahr bei dem bearbeiteten Zoll, daß sich der Asphalt immer mehr Terrain erobern und die Steinindustrie doch nichts von dem Zoll haben würde. So lautet das Gutachten eines Sachverständigen.

Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß im vorigen Jahre die Unternehmer im Oden- und Schwarzwald, die teilweise nicht einen einzigen Pflasterstein liefern, sich warm der Wünsche der Pflastersteinindustriellen annahmen. Dieselben Unternehmer aber, die für das schwedische Material einen hohen Eingangszoll verlangen, weil sie nicht konkurrenzfähig sein sollen, liefern nach den Ausführungen der Monatschrift der Steinbruchsberufsgenossenschaft (siehe Steinarbeiter No. 1, 1904) sehr beträchtliche Mengen Pflastersteine meist nach außerhalb der heimischen Grenzpfähle. Dem Direktor Herrn Klein sollten diese Symptome doch nicht unbekannt sein; denn er war ja selbst früher Angeestellter resp. Unternehmer im Schwarzwald. Des Rätsels Lösung ist die, für die heimische Industrie Zollfreiheit, für die auswärtige dagegen Zollbelastung. Einen größeren Widerspruch als den von uns nachgewiesenen können wir uns kaum denken; aber die Parole lautet eben: hoher Zoll.

Besonders im Magen liegt den Unternehmern der Anspruch des Grafen Potadowsky, das Kompensationsobjekt betreffend, und in dem Bericht des Steinbildhauers wird bereits angeführt, daß sofort die erforderlichen Schritte zu unternehmen seien, um dem Standpunkt der Regierung entgegenzutreten. Uns Steinarbeiter kann ein solches Vorgehen nicht gleichgültig sein, sondern wir werden ebenfalls unseren Standpunkt in geeigneter Weise zu wahren versuchen.

Terrorismus.

Was heißt Terrorismus? Gewalttätigkeit!

Eins der beliebtesten Themas der kapitalistischen Goldschreiber, vornehmlich der ultramontanen Presse, ist das über Terrorismus. Aber nicht etwa über Unternehmerterrorismus, sondern über Arbeiterterrorismus. Wenn Arbeiter bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen sich zu Ausschreitungen hinreißen lassen, so ist dies natürlich zu verwerfen, gleichzeitig muß aber festgestellt werden, daß Arbeiter, die gewerkschaftliche Schulung hinter sich haben, sich stets mit einigen Ausnahmen vor derartigen Experimenten geschützt haben. Die ultramontane Presse tut aber so, als ob Ausschreitungen seitens der Arbeiter in gemeingefährlicher Weise sich bemerkbar machten. Mit welchem grauenhaften Beschreibsel seilt man die gläubigen Schäflein ein, namentlich in den ultramontanen Landbezirken, und da sind es auch meist unsere Arbeitsbrüder (die Steinbrucharbeiter), die derartigen Kohn verdauen müssen, als ob es nichts Wichtigeres gebe, als über den Terrorismus der Arbeiter Betrachtungen anzustellen. Die Unternehmer, nahezu 300 000 an der Zahl, die Verzte usw. gehen in der Wahrung ihrer Interessen gemeinsam vor, die Deffentlichkeit regt sich darüber ebensowenig auf, wie über die zur Ausbeutung der Massen betriebenen Preis- und Produktionskartellierungen der Kohlen-, Zucker- und Petroleumhändler. Wenn aber ein Arbeiter, der jahrelang für seine Organisation gesteuert hat, der nach schwerer Ueberlegung in einen Zustand mit allen seinen Opfern und Entbehrungen eingetreten ist und ihn schließlich siegreich durchgeföhrt hat, hernach einem Nichtorganisierten, der arbeitswillig war, jetzt jedoch die Früchte des Ausstands mit einheimst, einmal gründlich seine Meinung sagt, dann ist das Terrorismus. Ja, was für erlaubte Mittel stehen ihm da zur Verfügung? Gesellschaftlicher Boykott (?) verfangt in den Arbeiterkreisen nicht, eine höfliche Erklärung nützt nichts, man spricht deshalb ein gut Wort Deutsch miteinander.

Herrschen kann man entweder durch rohe brutale Gewalt oder durch geistige Ueberlegenheit, letzteres hat die herrschende Gesellschaft schon längst begriffen. Wer übt denn überhaupt Terrorismus? Hier ein Beispiel: Sonntag, den 18. Oktober 1903, fand in Ahlen (Westfalen) eine von christlicher Seite einberufene Metallarbeiterversammlung statt. Die Unternehmer waren eingeladen und erschienen, es spielten sich nämlich in dem genannten Ort regelrechte Prügeleien an Arbeitern ab. Als erster Redner sprach Herr Ederz-Duisburg. Er meinte aber, über Lokalverhältnisse könnte er nicht sprechen, weil er dieselben nicht kenne. Weber-Duisburg sprach viel vom Terrorismus der freien Verbände, aber nichts von der Prügelmethode auf den Ahlener Werken. Ein Wortführer der freien Verbände meinte nachher ironisch, wenn die christlichen Führer nichts über Lokalverhältnisse wissen, so möchten sie einmal anfragen, wieviele Arbeiter noch keine Prügel bekommen hätten. Losender Beifall wurde diesem Redner zuteil. Dies bewies, daß er ins Schwarze getroffen hatte. Statt daß man hier erwarten sollte, die guten Christenführer kritisierten das brutale menschenunwürdige Prügelssystem, so wurde mit ungehörter Verlegenheit die Religionshege benutzt. Auch der Unternehmerterrorismus wurde vergessen, denn gerade die Unternehmer haben vieles in dieser Hinsicht auf dem Sterbholz, da bekümmert sich aber kein Goldschreiber oder Schwärzling darum, unangestastet können diese ihr lauberes Geschäft unter dem Schutze von Staat und Kirche weiter entwickeln.

Wliden wir in erster Linie nach Crimmitschau! 7000 Arbeiter sind daselbst 19 Wochen im Kampfe um Erringung des Zehnstundentags, trotzdem herberragende Spagierier die Verkürzung der Arbeitszeit als selbstverständlich betrachteten. Dort wird der Kampf nicht bloß vom Unternehmertum geführt, sondern auch von der Behörde mit Hochdruck gefördert. Der ganze bürokratische Mischmasch zeigt seine Brutalität im wahren Lichte! Auch die Unternehmer des Töpfergewerbes haben den organisierten Töpfern den Krieg erklärt, welcher allerdings jetzt beendert

ist. Hier handelte es sich ebenfalls um Vernichtung der Organisation. Ist das nicht eine Schmach für einen Kulturtaat, der jedem Staatsangehörigen durch Geseze das Koalitionsrecht sichern will; hier ist wieder der klare Beweis erbracht, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Keinem Staatsanwalt, keiner Behörde fällt es ein, den Armen der Ärmsten Beistand zu leisten. Warum? Wir leben eben in einem Klassenstaat, der aus Schlotjüngern, Krautjüngern und Adel zusammengesetzt ist, und dieser Dreibund versteht es vorzüglich, Schmarozker großzuziehen, die die Brutalität durch Schergendienste unterstützen und fördern. Ja sogar die Wissenschaft legt man in Ketten, man läßt nicht zu, daß dieselbe sich entfaltet, wie es der fortentwickelte Geist der Menschheit verlangt. Ist das nicht der schändeste und brutalste Terrorismus, den man sich denken kann? Auf einer Seite eine geistige und moralische Versumpfung und andererseits Massenelend, Niederknüpfung der nach Erlösung rufenden Glieder der Menschheit. Daß sogar die bürgerlichen Goldschreiber mit der kapitalistischen Mißwirtschaft nicht mehr einverstanden sind, beweist uns die Frankfurter Zeitung, denn mit Bezug auf den Crimmitschauer Ausstand schreibt dieses Blatt:

„Etwas so Unerhörtes ist, soweit die Erinnerung reicht, noch nicht dagewesen. Die Haltung der Behörde in diesem wirtschaftlichen Kampfe ist eine Kette von Einseitigkeit und Mißgriffen. Sie hat natürlich mit Befolgung der Streikposten begonnen. Ohne Postenstehen, ohne gültliche Einwirkung auf Arbeitswillige ist das ganze Koalitionsrecht nicht viel wert. Dennoch wurde in Crimmitschau, aus verkehrstechnischen Gründen natürlich, das Postenstehen unterfagt, erst vor den Fabriken, dann auf der Straße, hierauf in den Hauseingängen, schließlich in den Wirtschaften. Vom Bahnhof wurden Streikposten weggefahren, die Fabrikanten aber durften dort in einem Wartesaal ein Bureau einrichten. Das ist die Unparteilichkeit! Aber das war nur die erste Stufe, die zweite ist noch viel besser. Es sollen einige Belästigungen Arbeitswilliger vorgekommen sein. Schon möglich! Aber viel kann dies nicht gewesen sein, sonst hätte man davon reichlich zu hören bekommen. Es gibt ja Blätter genug, die einen Ehrgeiz darin sehen, über Ausschreitungen Ausständiger genau zu berichten und womöglich noch was hinzu zu tun, aber gerade mit Crimmitschau wußten sie nichts anzufangen. Nichtsdestoweniger haben die Behörden für Crimmitschau alle öffentlichen Auf- und Umzüge, Tanzbergnügungen und Versammlungen (auch nichtöffentliche) verboten, ein Versammlungsverbot ist das Schlimmste, was kämpfende Arbeiter treffen kann, weil hierdurch der Zusammenhang unter ihnen gelockert wird. Fabrikanten verständigen sich, wenn nötig, durchs Telephon, aber wie sollen ein paar Tausend Arbeiter ohne Versammlung einheitlich dirigiert werden? Aber so steht die Unparteilichkeit aus. Eine Deputation der Ausgesperrten ging zum Minister des Innern nach Dresden, Sie wurden nicht einmal vorgelassen und zwei Geheimräte wiesen sie auf den Instanzenweg (der für die Arbeiter natürlich wertlos ist); das war die zweite Stufe, die aber von der dritten noch übertroffen wird. Man hat also die Weihnachtsbescherungen verboten, daß ist christlich. Auf den Kampf hat das zwar nicht die Wirkung einer Hemmung, aber fang es etwas Unerhörteres geben, als die armen Leute in den schweren Zeiten, die sie eben durchmachen, auch um die Freude einer gemeinsamen Weihnachtsfeier zu bringen? Die Behörden begründeten ihr Vorgehen. Natürlich, was gäbe es, das nicht begründet werden könnte! Der Terrorismus habe zugenommen, es ist aber nichts davon bekannt geworden, und wenn es wahr ist, wer trägt dann die Schuld dafür, wenn es den Arbeiterführern nicht möglich ist, in Versammlungen die aufgeregten Gemüter zu beruhigen? Es wird weiter darauf hingewiesen, daß in den letzten Tagen in auswärtigen Versammlungen und in Flugblättern die Behörden weiter angegriffen worden seien. Ei, man sollte sie wohl noch loben für ihre Maßnahmen, die aller Gerechtigkeit zuwider laufen?“

So ein bürgerliches Blatt über Terrorismus. Also überall der Polizeiknüppel macht sich bemerkbar.

Wer stünde ferner in unsrer heutigen Kulturwelt nicht mit blutender Seele vor dem Elend der großen Volksmassen, vor der geistigen sittlichen Verwahrlosung ungezügelter Millionen von Nebenmenschen, deren menschenunwürdige Existenz ein unausstilgbarer Schandfleck auf unsrer hochgepriesenen Kultur ist? Und diese hochgepriesene Kultur wird jeder edel denkende Mensch mit Entrüstung von sich weisen müssen, sobald er die morschen Balken der heutigen Gesellschaft durchschaut hat; darum fort mit dem barbarischen Egoismus und Terrorismus, der nur in jenem Lager seine Reime schlägt, wo man dogmatische Eingriffe auf das Geistesleben der Menschheit beobachtet. Unsere heilige Aufgabe wird es sein, Licht und Leben in die Menschheit zu bringen, und das können wir durch Wort und Schrift.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit dem Jahreswechsel hat die Umschreibung der Mitglieder in der Beitragsliste stattzufinden. Uebertragen werden nur die Mitglieder, welche am **Platze** sind und **Beiträge zahlen**, und zwar nach der Reihenfolge der **Verbandsnummern** für den Ort, dann die Zugereisten mit anderen **Verbandsnummern**. Die **Ortsnummern** sind neu zu regeln. In größeren Zahlstellen ist es praktisch, zeitig damit anzufangen.

Alle im Besitze der Vertrauensleute befindlichen **Reisekarten**, auf welchen die **volle Reiseunterstützung** in Höhe von **36 Mk.** zur **Auszahlung** gelangt ist, sind **umgehend an uns einzufenden**. **Reisenden**, welche dieselbe noch im **Besitze** haben, ist dieselbe **ohne weiteres abzunehmen**.

Die **Gaulassierer** werden ersucht, **schleunigt abzurechnen**.

Mit der Nummer 6 des Steinarbeiters wird ein neues **Adressenverzeichnis** herausgegeben. Es müssen deshalb alle **Änderungen** in der **Verwaltung** sowie die **Namen** der von **den reisenden Kollegen zu benützenden Herbergen** dem Zentral-

vorstand **bis zum 1. Februar** bekannt gegeben sein. **Später eingehende Änderungen** können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

An die **Schriftführer** richten wir die **Bitte**, für die **Berichtungsberichte** sogenannte **Ortsabgaben** (ca. 15 < 25 cm) zu verwenden, mit **Tinte** und nur auf einer **Seite** zu schreiben.

Brandenburg. Die zwölf Versammlungen des verfloffenen Jahres waren sämtlich beschlußfähig besucht. Die Punkte der Tagesordnung wurden alle erledigt. Es wurde noch eine Krankenunterstützungs-Zuschußkaffe gegründet mit 10 Pfg. wöchentlichem Beitrag. Im Durchschnitt arbeiten 16 Kollegen am Orte. An der Statistik haben sich 15 Kollegen beteiligt. Es wurde ein Durchschnittslohn von 948.22 Mark verbient. Das Durchschnittsalter beträgt 29 Jahre 9 Monate; die Tätigkeit im Beruf 15 Jahre. Als Vorsitzender fungiert der Kollege Karl Rischow, als Kassierer Emil Wolf, als Revisoren die Kollegen Paul Värndt und Wilhelm Dittberner.

Glöppenburg. Die hier zugereisten Kollegen sind größtenteils, wenn sie in Arbeit treten, bitter enttäuscht, insbesondere Herr Steinmetzmeister Dirkes versteht es, das Los den Steinmetzen noch recht zu erschweren. Er bietet den Kollegen ganze 35 Pfg. die Stunde; aber da heißt es, feste darangehen. Vor den Feiertagen verlangte er noch, daß wir uns das Geschirr selbst anschaffen müßten, was natürlich abgelehnt wurde. Vor 14 Tagen hat ein Kollege aufgehört; der machte für 35 Pfg. Stundenlohn nicht genug, er mußte deshalb im Afford arbeiten. Wenn ein Kollege nicht sämtliche Arbeiten versteht, so heißt es, er ist ein dummes Kamel usw. Trotzdem Meister Dirkes selbst nicht das geringste versteht, nennt er sich aber doch Bildhauer. Wenn er nun wieder Steinmetzen sucht, so können wir den Kollegen den Rat geben, erst in Punkte Lohn, Geschirr und Arbeitszeit mit Dirkes sich schriftlich zu einigen, ehe sie ihr Fahrgeld umsonst wegwerfen.

Harzheim. Am 21. d. M. tagte hier im Gasthaus Zum Hof eine gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung, in welcher Zweck und Nutzen der Verbands-Organisation besprochen wurde. Tagesordnung: Punkt 1. Es wurde eine energische Anrede seitens der fremden Kollegen gehalten, um die volle Aufrichtung und Erhaltung der hiesigen, weit gesunkenen Zahlstelle ins Werk zu setzen. Punkt 2. Wahl einer Lohnkommission zur Erhöhung der bisherigen, sehr schlecht bezahlten Afford-Arbeit der kleineren sowie größeren Arbeitstüde, sowie der Stundenlöhne. Punkt 3. Ordnung der Arbeitsstätten über Geschirr und Schmiedeschürfen, Wahl eines Alt- und Jungesellen sowie eines Statistikers. — Des Weiteren wurde über die Organisationsverhältnisse der Kollegen in der Umgebung Harzheims gesprochen. Es wurden einige Aufnahmen bewirkt. Mit einem Hoch auf die Organisation endete die anregend verlaufene Versammlung.

Pilgramsreuth. Am 27. Dezember fand hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zunächst ertheilte der 1. Vorsitzende dem Kollegen Christian Wolf als Wort, welcher als Delegierter auf der Gaunkonferenz zu Schwarzenbach anwesend war. Derselbe erstattete Bericht von derselben, und waren die anwesenden Kollegen vollständig zufrieden mit den dort geführten Debatten. Hierauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes, und wurde Johannes Wolf als 1. Vorsitzender, Gebius Köhler als Kassierer und Andreas Kästner als Schriftführer wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Gottfried Schimmel und zu Revisoren die Kollegen Hans Rant und Johann Wising gewählt. Nach Beendigung der Wahlen forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, welche noch rückständige Beiträge zu zahlen haben, dieselben unverzüglich an die Plakassierer abzuliefern, damit sobald wie möglich die Abrechnung geschlossen werden kann. Auch wurde über den schlechten Verdienst, der bei einem Meister herrscht, sehr geklagt, denn es wurde von einigen Anwesenden konstatiert, daß mit dieser Arbeit, die gegenwärtig gemacht werden soll und die ziemlich lange anhalten wird, höchstens 1 Mark bis 1.50 Mark pro Tag verdient werden kann. Für die Brecher, welche seit kurzer Zeit im Afford brechen müssen, steht mit dieser Arbeit derselbe Verdienst in Aussicht. Es sehen also die Kollegen keiner guten Zukunft entgegen. Nachdem noch gegenseitige Vorwürfe und Reibereien, die sich unter den Kollegen bemerkbar machten, scharf gerügt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wenig-Radwis. Sonntag, den 27. Dezember, fand im Gasthaus zur Böhmische in Kesselsdorf eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in welcher die Abrechnung des vierten Quartals bekannt gegeben, sowie die Wahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Letztere ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. 1. Vorsitzender Friedrich Scholz, 2. Vorsitzender Mosler, Karl Hartmann, Schriftführer. Für die 10. werten Crimmitschauer Textilarbeiter sind auf 11 Sammlungen 281.50 Mark zusammengekommen. Es ist Pflicht jedes organisierten Arbeiters, die streitenden Weber zu unterstützen.

Herr Greindl wiederum blamiert.

Bei den Renovierungsarbeiten an der Ludwigskirche ist es schon wieder zu Differenzen gekommen. Die Arbeiten sind bald beendet und da glaubt nun der Unternehmer Greindl u. Bergmaier die „Seger“ abschieber zu können. So wurde am 12. Dezember auch der Polier von Greindl entlassen. Dieser Kollege, Führer bei sämtlichen Lohnbewegungen an der Ludwigskirche, war erst als Steinmetz beschäftigt, und nach dem zweiten Streik von Greindl, seinen Fähigkeiten entsprechend, zum Polier ernannt. Greindl glaubte wohl, daß er diesen „Nadelstichführer“ auf eine solche Art „unschädlich“ machte, da er als Polier sich doch unbedingt auf die Seite der Unternehmer stellen muß. Der betr. Kollege gab jedoch sein Prinzip nicht preis und half alle Uebergriffe der Unternehmer zurückweisen, trotz seiner „gehobenen Lebensstellung“. Das war auch der Grund seiner Entlassung. Die übrigen Kollegen nahmen hierzu Stellung und erklärten Herrn Greindl, daß sie es nicht dulden, daß der Polier wegen seiner Organisationsfähigkeit entlassen wird. Sie verlangten dessen Wiedereinstellung, andernfalls sämtliche Kollegen die Arbeit niederlegen. Durch Ueberredung gelang es Greindl jedoch, die Kollegen zum Weiterarbeiten zu veranlassen. Aus freudiger Genehmigung, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo er die „Macht“ wieder in Händen hat, veranstaltete Greindl abends eine „Siegfeier“ und bezahlte Speise und Trank, so viel die Arbeiter nur wollten, er zeigte sich also nobel.

Die Steinmetzen ließen sich's gut schmecken, stellten aber andern Tags aufs neue die Forderung an Greindl, den Polier wieder einzustellen. Dies wurde abgelehnt, worauf sämtliche Kollegen bis auf vier Mann die Arbeit niederlegten.

Auf wiederholtes Verlangen erhielt der Polier auch sein Zeugnis. Es lautet:

Zeugnis. Dem Steinmetz (folgt der Name) wird hiermit bestätigt, daß derselbe vom 21. Juli 1903 und 20. August 03 u. vom 26. August mit 5. September 03 als Steinmetz u. von 17. September mit 12. Dez. als

Vorarbeiter bei der Firma M. Bergmaier u. A. Greindl, Steinmetzgeschäfte hier, in Arbeit stand u. wegen seiner fortgesetzten Hekereien entlassen wurde.
München den 17. Dezember 1903

Johann Greindl, Steinmetzmeister.
Der Polier gab sich mit diesem Zeugnis nicht zufrieden. Er stellte Klage vor dem Gewerbegericht. Beim Verhandlungstermin am 23. Dezember behauptete Greindl, daß der Kläger stets seine Leute zu dieser und jener Forderung aufgehetzt habe, überall an der Spitze war usw. Er meinte auch, daß er es überhaupt noch nicht erlebt, daß ein Polier auf Seite der Arbeiter steht. Er fühle sich berechtigt, ein solches Zeugnis auszustellen. Andererseits mußte Greindl zugeben, daß dem Kläger während der Arbeitszeit nicht die geringste agitatorische Tätigkeit nachgesagt werden kann, daß er vielmehr über die Leistungen des Mannes seine vollste Zufriedenheit aussprechen mußte. Dann wurde auch die Tatsache konstatiert, daß Greindls Kompagnon, Herr Oberexpeditor Bergmaier, wie Herr Architekt Schuhr, des öfteren erklärten, daß sie sich mehr auf den Polier, als auf Greindl verlassen müßten, daß die Arbeit richtig gemacht wird.

Was die Hekereien anbetrifft, sei erwiesen, daß der Kläger nur von seinem gesetzlich ihm zustehenden Recht (§ 152 G.-O.) Gebrauch gemacht hat. Greindl wurde deshalb verurteilt: 1. Zur Ausstellung eines auf Fleiß und Treue lautenden Zeugnisses, sowie 2. zur Zahlung eines Schadenersatzes von 38.40 Mk. Das Zeugnis lautet nun statt: „wegen seiner fortgesetzten Hekereien entlassen“, jetzt: „war während dieser Zeit treu und fleißig“. Herr Greindl ist zum Schluß mit seinem „Machtgefühl“ also noch einmal schön hereingefallen. Bemerkenswert sei noch, daß alle Lohnbewegungen an der Ludwigskirche stets siegreich für die Steinmetzen endeten. Dies soll auch eine Lehre für die Steinmetzen von ganz München sein. Wenn die Kollegen auf allen Plätzen so zusammenhalten, wie es an der Ludwigskirche der Fall war, dann wird die Lage der Steinmetzen bald eine bessere sein. Darum, ihr Säumigen, rafft euch auf!

Nicht unerwähnt kann bleiben, daß die vier braven Kollegen, die Greindl „treu“ gelieben sind, sich bereit erklärten, vor dem Gewerbegericht Herrn Greindl zu bezeugen, daß der Entlassene ein „Heker“ war.

Herr Greindl hat sich also wieder mächtig blamiert, ein altes Sprichwort sagt ja, jeder blamiert sich so gut er kann. Früher hieß es in Zeugnis, der Polier sei ein Heker, und jetzt mußte Herr Greindl sich dazu bequemen, treu und fleißig zu schreiben, wohl immerhin ein ziemlicher Unterschied. Greindl denkt, die Macht in den Händen zu haben, aber aus den mitgeteilten Vorkommnissen ist das Gegenteil der Fall; auch die Kollegen besitzen die Macht, wenn sie einig sind.

Die Münchner Steinmetzmeister können auf ihren Herrn Kollegen stolz sein. Vielleicht liefert Herr Greindl noch ein paar solche Streiche, dann haben wir als Ergebnis den Beitritt aller Nichtorganisierten zum Verband aufzuweisen. Das ist die beste Agitation.

Soziales.

Krankenkassentongress zu Leipzig. An vielen Orten Deutschlands sind Differenzen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen wegen Einführung der freien Arztwahl und höherer Honorierung ausgebrochen und vielerorts steht solches Idrer noch bevor. Dem geschlossenen Vorgehen der Ärzte soll nunmehr ein solches der Krankenkassen entgegengesetzt werden. Die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen in Berlin und die geschäftsführende Kasse des deutschen Ortskrankenkassenverbandes haben gemeinsam für den 25. Januar 1904 einen allgemeinen Krankenkassentongress nach Leipzig einberufen, der am genannten Tage vormittags 9 Uhr im Etablissement Sanssouci eröffnet werden soll. Als einziger Gegenstand der Beratung ist angesetzt:

Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzte.

Zu diesem Kongress sind Vertreter aller Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-, Knappschafts- und freien Hilfskassen Deutschlands geladen, auch Krankenkassenverbände und Vereinigungen sind zugelassen. Die große Wichtigkeit der Tagesordnung dürfte dem Kongress eine allseitige Beteiligung sichern.

Zur Delegiertenwahl.

Unter den Unzufriedenen in betreff der Wahlkreiseinteilung marschiert Berlin I an der Spitze. Die Berliner Kollegen werden doch nicht die Meinung bekräftigen wollen, daß sie im allgemeinen die Provinzler majorisieren oder gar ignorieren? Wozu sollte das führen, es wäre doch unangenehm, wenn die Gauleitung die Gaukonferenz mit den Berliner Kollegen allein abhalten müßte. Wofin sollen denn die andern Orte des betreffenden Gaués gesteckt werden? Auch muß man bezweifeln, ob Berlin I so viel Organisierte hat, um auf zwei Delegierte Anspruch machen zu können. Im übrigen kann auch ein Delegierter ganz gut die Ansicht seiner Mandatgeber vertreten und Bericht erstatten. Würde es nicht viel besser klingen, wenn die Berliner sagten: „Gut, Ihr Kollegen aus der Provinz, schlägt uns einen Kandidaten vor, wir wählen ihn auch, derselbe kann sich mit unserm Kandidaten in Verbindung setzen und sie werden gemeinsam für das Beste eintreten.“ Eine Verständigung hierüber wäre am besten auf der Gaukonferenz möglich. Die Berliner Kollegen könnten auch sonst mehr in Agitation leisten, wie andre große Städte oder Zahlstellen, dann würden aus der Provinz nicht so viele unorganisierte Kollegen zureisen und sie hätten dann auch nicht so viel mit sich selbst zu tun.

Auf der Nittelgebirgskonferenz z. B. wurde eine Resolution dahingehend angenommen, daß bei der Beschickung zur Generalversammlung auch die kleineren Zahlstellen in die Lage versetzt werden, einmal bei der Delegation berücksichtigt zu werden. Voraussetzung ist allerdings, daß geeignete Leute nominiert werden, aber diesen Punkt haben wir hier noch nicht zu erörtern.

Man möchte meinen, daß unser Wunsch etwas Selbstverständliches sei, nämlich einen Delegierten auch aus den Provinzabteilungen zur Generalversammlung entsenden zu können, aber leider scheinen wir uns getäuscht zu haben. Vielleicht ist es aber doch noch möglich, daß unsere Berliner

Kollegen von meinen Ausführungen Notiz nehmen und uns den Delegierten zugesenden.
Brandenburg.

L—s.

Die Christlichen an der Arbeit!

Im Maintale soll uns nun eine Konkurrenz-Organisation gegenübergestellt werden, natürlich von den Christlichen. Gerade diese Gegend erscheint für das Wirken der christlichen Quacksalber besonders als geeignet, und unter der Führung des Herrn Liborius Gerstenberger, des bekannten Zentrumsmannes, geht es mutig an die Arbeit, um uns zu bekämpfen, nein, um uns zu verächtigen.

Nun haben aber die christlichen Wortführer eingesehen, daß es mit der Gründung eines christlichen Steinarbeiterverbands nicht so leicht geht, denn das erlittene Fiasko derselben hat entmutigend auf sie gewirkt, und nun kommt man zu der Weisheit, die Steinarbeiter des Maintales, wo Tausende in Frage kommen, dem Christlich-Sozialen Verband der nichtgewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedener Berufe Deutschlands anzugliedern. Ein Konglomerat von Berufen ist diesem Verbände angegliedert, das es beinahe unsre Be- oder sagen wir besser Vermunderung erregt.

Als Verbandsmitglieder werden in den viel sprechenden Verband aufgenommen: alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Fabriken, Werkstätten, Lagerplätzen, in der Baubranche, Brauereien, Gärtnereien, Ziegeleien usw. Ferner alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den staatlichen und Gemeindebetrieben, so besonders aus den Militärwerkstätten und Schiffsbauwerken, der staatlichen und herrschaftlichen Forstwirtschaft (Waldarbeiter), Arbeiter der Land- und Flugbauämter, alle im Handel, Transport und Verkehr (Trambahner, Kutscher, Fuhrleute), in den Lagerhallen usw. beschäftigte Personen. Weiter befindet sich in diesem Verbände eine Vereinigung der Zivilmusiker. Die Mitglieder in den staatlichen Betrieben, sowie die Musiker, besitzen ein Spezialstatut.

Wie es in diesem Verbände mit der so oft so komplizierten Interessenvertretung aussehen mag, ist uns ein Rätsel. Es zeigt die vollständige Unfähigkeit der christlichen Agitatoren im Maingebiete, vom praktischen gewerkschaftlichen Standpunkte aus eine solche Situation zu übersehen, denn sonst könnten dieselben unmöglich den Steinarbeitern raten, einem so stark mit einzelnen Berufen vermischten Verbände beizutreten. Den Christlichen ist es aber vollständig gleichgültig, ob die Organisation auch praktischen Wert hat, die Hauptsache ist und bleibt die, den freien Gewerkschaften Sonderorganisationen entgegenzustellen, mit einem Wort, Sonderbündelei zu treiben, und zugleich geht man von der Ansicht aus, die christlichen Arbeiter auch fernerhin leithammeln zu können.

In Achaffenburg hat man kürzlich ein christliches Arbeitersekretariat eingerichtet, wo ein gewisser Oswald nicht zu verwechseln mit unserm früheren Geschäftsführer gleichen Namens, der den Christlichen im Bayrischen Wald schon manchen harten Strauß lieferte, an der Spitze steht.

In einem allgemein gehaltenen Flugblatt werden nun die Leistungen des christlichen Verbands in starkem Getöse hervorgehoben, und es werden die unheimlichsten Versprechungen gemacht. So gibt der Verband an, folgendes zu leisten:

1. Unterstützung bei Unglücksfällen jeder Art;
2. Unterstützung bei Maßregelung bis zur Höhe des verdienten Lohnes;
3. Unterstützung bei Aussperrungen und Lohnkämpfen;
4. Unterstützungen bei Sterbefällen für Mitglieder und deren Frauen;
5. Unterstützung auch bei Arbeitslosigkeit, soweit es die Mittel gestatten; (?)
6. Unterstützung in der Krankheit durch unsre vorzüglich organisierte Krankenzuschußkasse.

Und alles das glaubt dieser Verband mit einem Quartalsbeitrag von 1.60 Mk. leisten zu können, also pro Woche ca. 12½ Pfennige Beitrag. Nur zur Krankenzuschußkasse soll separat geteuert werden.

Wer nur einigermaßen mit der Gewerkschaftsbewegung Bescheid weiß, muß sofort zu der Ueberzeugung gelangen, daß man hier bloß die Massen täuschen will, große Versprechen macht und hinterher nichts zu halten imstande ist. Mit niedrigen Beiträgen sucht man die Steinmetzen des Maintales ins Garn zu locken, und deshalb wird jetzt alles angeboten, um von dieser Seite aus uns mit den schäblichsten Mitteln entgegen zu arbeiten. Man benutzt nicht allein die Kanzel, sondern man will sogar die Wirte veranlassen, uns die Lokale zu verweigern.

Gibt es ein noch gemeineres schamloseres Treiben, als solche Leute verüben, die sich als Gewerkschaftsführer be-rufen fühlen, und die alles daran setzen — sollten, um die elende Lage der Steinarbeiter oder, im allgemeinen gesprochen, die Lage der Arbeiterschaft überhaupt verbessern zu helfen. Mit Recht schreibt uns ein Steinarbeiter aus dem Maingebiet, man will uns (die Steinarbeiter) bloß als Stimmvieh erziehen, denn überall zeigen sich uns die Herren Kapläne mit ihren so großen beruflichen Kenntnissen. So ironisiert ein Berufscollege die Tätigkeit dieser Herren, und er hat ganz zutreffend geurteilt.

Bezeichnend ist es auch, daß allem Anschein nach auch die Lehrer sich als Gewerkschaftsagitatoren fühlen, denn es ist uns bekannt, daß in Bürgstadt am Main am 21. Dezember vorigen Jahres der 1. Lehrer ein Schulmädchen während der Schulzeit auf die Steinmetzwerkplätze mit einem Zirkular umhergeschickte, wo die Steinmetzen die Einzeichnung in den christlichen Verband bewirken sollten. — Wir glauben nicht, daß es zu den Ob-liegenheiten eines Lehrers gehört, Schulkinder zu dergleichen Aufträgen zu benutzen.

In Würzburg spielte auf der Steinarbeiterkonferenz 1901 Herr Weingartner, Aql. Steuerinspektor, die erste Geige; ferner wirft sich Gerstenberger in seinem Fränkischen Volksblatt zum Retter der Steinmetzen auf, und nun versucht man sogar die Lehrer vor den Karren der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu spannen. Die Christlichen arbeiten ja mit allen Mitteln.

In Bürgstadt hielt kürzlich der Arbeitersekretär Oswald eine Steinarbeiterversammlung ab. Anwesend konnten allerdings nur getreue Schäflein sein, die verhassten freien Gewerkschaftsanhänger hielt man sich vom

Platze. Warum wohl? Fürchten die Christlichen vielleicht eine freie Aussprache? Wohl wird's an dem gelegen haben!

Um uns zu verdächtigen, wählt man geschlossene Versammlungen, wo eine Kennzeichnung ihrer Lügenhaftigkeit nicht geschehen kann. Wie faul muß es um eine Sache gestellt sein, wenn man Veranlassung hat, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen!

Die Christlichen sagen, wir haben noch nichts erreicht. So viel Worte, so viel Lügen. Kein anderer als der christliche Arbeitersekretär Braun in München mußte in der schon zitierten Würzburger Konferenz zugeben, daß es uns (dem Steinarbeiterverband) gelungen sei, feste Tarifabmachungen zur Anerkennung zu bringen und dieses müßten auch die christlich organisierten Steinarbeiter erstreben. — Was trat ein? Die damals bestandene christliche Organisation der Steinarbeiter verschwand von der Bildfläche, denn sie war nicht im entferntesten in der Lage, ihr Versprechen einzulösen. Damals erkannte Herr Braun auch an, die Steinarbeiter müßten mindestens Wochenbeiträge von 20—25 Pf. leisten, und jetzt glaubt man mit ca. 13 Pf. pro Woche auskommen zu können, welche Ironie im Wandel der Zeit. Die Christlichen bringen eben alles fertig.

Daß den Sandsteinmetzen die neunstündige Arbeitszeit durch Bundesratsbeschlus auf ununterbrochenes Drängen unserer Organisation gegeben wurde, verschweigen die christlichen Maulhelden selbstverständlich.

Wir werden das Treiben dieser Koch-Arbeiterfreunde richtig zu würdigen verstehen, und den Steinarbeitern des Maintals rufen wir zu: Die Augen auf vor solchen Pharisäern!

Warum muß das Solidaritätsgefühl zur Solidaritätspflicht ausgebaut werden?

Seit mehr als vier Monaten blüht nicht nur das deutsche, sondern auch das übrige kulturell entwickelte Proletariat und auch das profitwütige, unterdrückungslüsterne und geldsüchtige Unternehmertum nach Crimmitschau und den Weberkamp, der dort tobt. Allerdings mit zweierlei Gefühlen, während letztere nur die Niederwerfung und bedingungsloses zu Kreuze kriechen im Auge haben, gleichviel mit welchen Mitteln, zum Teil aller Zivilisation hohnsprechenden Art, das geschieht. Die Hauptsache ist, daß man über wirtschaftliche Leiden der niedergeworfenen Arbeiterarme schreiten und triumphieren kann, triumphieren nach Prosenart, nach der es nach ihrem Begriffsvermögen keine Auferstehung mehr gibt.

Auf der andern Seite die Arbeiterschaft, das Aschenbrödel der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, mit ruhig ernster Miene, wenn sie auch tausend und abertausendmal Ursache haben, die Faust zu ballen und dreinzuhauen, aber die Arbeiterschaft weiß, daß das nicht zum Ziele führt, sie steht auf dem Posten, immer wieder den Augenblick erpassend, um den kämpfenden Brüdern Munition zuzuführen, damit sie nicht aus Mangel an dieser unterliegen müssen. Außerdem ist es noch Pflicht jedes überzeugten Arbeiters, den Zugang sogenannter Arbeitswilliger fernzuhalten. Das nennt man solidarisch.

Das Solidaritätsgefühl ist ein schönes Band, das alle ohne Unterschied der Nationen, Sprachen und Grenzen umschlingt; es hat schon manchen harten Strauß bestanden, und wenn es auch manchmal als gelockert erschien, so hielt es doch zur Zeit der Not fest zusammen. Nun haben aber die letzten Jahre gezeigt, daß die Angriffe der Unternehmer immer immer werden und größere Dimensionen annehmen, so daß die Frage berechtigt erscheint, genügt das Solidaritätsgefühl allein noch oder ist es notwendig, demselben feste Formen durch Statuten zu geben? Nur der zweite Teil dieser Frage ist mit ja zu beantworten. Man kann fast mit Sicherheit sagen, wenn wir schon längere Zeit ein statutarisch gefestetes Solidaritätsgefühl hätten, hätten sich die Crimmitschauer Unternehmer wohl noch vor Beginn des Kampfes überlegt (?), ob ein solcher, mit der ganzen deutschen Arbeiterschaft und noch darüber hinaus, Aussicht auf Erfolg hat. Daß sie daran nicht dachten, daß sich die deutsche Arbeiterschaft im besonderen der tapferen Kämpfer in Crimmitschau annehmen wird, weil die Fabrikanten wissen, das Solidaritätsgefühl darf von jedem einzelnen, ob organisiert oder nicht, nach Belieben gehandhabt werden, hielten sie es für eine Kleinigkeit, die Weber total in Grund und Boden zu treten, und nur daraus ist der geflügelte Satz, den die Unternehmer aussprechen, erklärlich, der lautet: In drei Wochen haben sie (die ausgesperrten Weber) kein Geld mehr, aber vor neun Wochen öffnen wir unsre Fabriken nicht. Daß sich die Herren gründlich verrechnet haben, ist bekannt.

Daß in diesem Niesenkampfe größere — Konflikte mit der Polizei — Engros-Prozesse à la Löbtau nicht stattfanden und sicherlich nicht stattfinden werden, ist wahrhaftig nicht dem provokatorischen Vorgehen der Fabrikanten und Behörden zuzuschreiben, sondern einzig und allein nur dem ruhig und jeder Provokation aus dem Wege gehenden Arbeiterschaft zu danken. Gätten die Behörden in diesem Kampfe nicht so handgreiflich parteiisch gehandelt und wären die Fabrikanten nicht bis über den Siedepunkt progig aufgetreten, dann wäre das Solidaritätsgefühl nicht in dem Maße zur Geltung gekommen, als es der Fall ist.

Daß man das Solidaritätsgefühl der Arbeiter nicht so beachtet, als es verdient, zeigt ferner die beendete Aussperrung der Töpfer. Hier wollte man zwei Fliegen mit einem Schlag treffen. Erstens glaubte man den Webern in Crimmitschau einen großen Teil ihrer Unterstützungsgelder entziehen und zweitens den Töpferverband vernichten zu können. Jedenfalls kalkuliert das Unternehmertum so: die Arbeiterschaft ist durch die Aussperrung in Crimmitschau zu sehr in Anspruch genommen worden, daß schließlich auch der Opferwilligste erlahmt. Das Unternehmertum ist im allgemeinen zu gut organisiert, es hat ein Interesse daran, daß die Arbeiterschaft, gleichviel wo und von welcher Branche, niedergeworfen wird, folglich muß den Fabrikanten in Crimmitschau Hilfe gebracht werden,

* Diesen Artikel übersendet uns ein nicht genannt sein wollender Berufscollege mit der Bitte um Veröffentlichung, der wir entsprechen.

die ist schnell gefunden. Hört ihr Ofenfabrikanten, bei euch streifen die Lötter in Belten und Fürstentwalle, das ist eine schöne Gelegenheit, wie es keine zweite mehr gibt. Durch die Teilung der von der Arbeiterschaft aufgetragenen Gelder, ferner durch die Weihnachtstages bedeutend geringere Aufbringung derselben, reicht es weder für die Weber noch für die Lötter, also Sieg auf beiden Seiten. In Grimmitzschau eine willenslose, niedergetretene Herde und der Lötterverband vernichtet, mein Liebster, was willst du noch mehr. Obgleich die Lötter verschiedenen Orts den Austritt aus dem Verband schriftlich erklärten, es genügte nicht; es war ja nur Schein. Marjah! Aufs Pflaster, ihr trotigen Arbeitsgenossen; schweißedelnd müßt ihr wiederkehren, demütig zu Kreuze gezogen und dann wollen wir erst sehen, wer noch Gnade vor unsern Augen findet.

Diese Schläge, die die Rotesröte in das Gesicht treiben müssen, gelten der gesamten deutschen Arbeiterschaft; doch die Arbeiter sind durch die Gewerkschaften zu gut erzogen und geschult, als daß sie nur die kleinste Blöße nutzlos dem Unternehmertum und den Behörden hinhalten wollen.

Das Solidaritätsgefühl in seiner losen Form muß unwillkürlich Ungerechtigkeiten zeitigen. Die Gewerkschaften in der Mehrzahl haben nur so viel Geld, als sie eigentlich selbst brauchen, und um nun Geld bei größeren Kämpfen aufzutreiben, zirkulieren in Fabriken, Werkstätten, Bauen usw. Listen, auf die jeder nach eigenem Ermessen zeichnet. So mancher Auchorganisierte schließt sich aus. — Warum? Ja, weil keine Verpflichtung in fester Form ihn bindet und er sich in dem Glauben, aus Verstocktheit oder sonstwelchen Gründen, befindet, daß er mit Bezahlung seiner Gewerkschaftsbeiträge vollkommen seine Pflicht erfüllt hat. Das muß anders werden! Wir leben im Zeitalter, wo sich alles organisiert, und diese Organisationen, die anfangs klein waren, immer weiter zu mächtigen Verbänden ausgebaut, so auch das Unternehmertum; es koalitiert und kartelliert sich immer mehr, um die empfortreibende Arbeiterschaft mit eigener Hand und mit Hilfe der Gesetzgebung und der Behörden niederzuhalten, als daß es z. B. die Submissionsblüten und die Schundkonkurrenz zu beseitigen sucht. Hieraus muß die Arbeiterschaft lernen; denn einer starken Unternehmerorganisation kann nur eine wenn möglich noch stärkere Arbeiterorganisation als Pol gegenübergestellt werden, falls sie ihre vollberechtigte Beachtung erlangen will. Das wäre vorläufig auf folgende Art zu bewerkstelligen: Das Solidaritätsgefühl muß statutarisch gefestigt und zur Solidaritätspflicht ausgebaut werden. Jede Gewerkschaft hätte z. B. bei Kämpfen bis zu 50 oder 100 von 1000 Organisierten selbst das erforderliche Geld aufzubringen. Wäre nun eine Gewerkschaft 5000 Organisierte stark und befände sich davon über 250 oder 500 Mann im Kampfe, hätten den Rahmen der von der Gewerkschaft selbst zu Unterhaltenden überschritten, so müßte auf vorherige Anzeige des Verbandsvorstandes die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Aufruf erlassen, von diesem oder jenem Tage ab hat jede Gewerkschaft pro Kopf und Mitglied, ausschließlich Arbeitsloser und Kranker, so und so viel prozentual zu erheben und dorthin bis zu dem so und so vielen Tag nach Beendigung des Kampfes abzuliefern. Diese Bekanntgabe hat rechtzeitig zu erfolgen, damit die Gelder pünktlich und zur richtigen Zeit an Ort und Stelle, wo sie gebraucht werden, eintreffen. Dieses Eingreifen der Generalkommission müßte auch dann stattfinden, wenn eine Gewerkschaft nach einer bestimmten Anzahl von Wochen nicht mehr imstande wäre, die Kämpfenden über Wasser zu halten, trotzdem sie den prozentualen Rahmen nicht überschritten haben, der die betreffende Gewerkschaft verpflichtet, für das Geld selbst aufzukommen. Um das alles feststellen zu können, müßten die Verbandsvorstände der Gewerkschaften Eingaben an die Generalkommission eingeben und von dort aus müßte dann die richtige Berechnung und die nötigen Vorschläge erfolgen. Dann hätte man anstatt des Solidaritätsgefühls je nach Auffassung, Anwendung oder gar Unterlassung desselben bei einzelnen ein zur Pflicht gemachtes auf Papier, in Statutenform. Sicherlich würde es den Unternehmern mehr imponieren und deren Unterdrückungswut mehr im Zaume halten, wenn es erst weiß, daß die Solidarität nicht beliebig gehandhabt werden darf, sondern daß sie laut Beschluß so und so gehandhabt werden muß. Man könnte Hundert gegen Eins wetten, daß mancher rigoros von den Unternehmern vom Zaune gebrochene Streik unterbleiben würde, große Geldausgaben erspart blieben, ja Vorteile für die Arbeiterschaft ohne Kampf erreicht würden, weil man wüßte, daß jeden Kampf die deutsche Arbeiterschaft zu den ihrigen macht.

Die Aufbringung der Gelder könnte verschiedenartig erfolgen, entweder durch Extrasteuermarken oder durch Erhöhung der Verbandsbeitragsmarke auf die Dauer der Ausschreibung und des Kampfes, oder was noch besser wäre, einen Fonds bei der Generalkommission sammeln. Ein noch recht unwürdiger Zustand würde noch beseitigt, der jeden Arbeiter und Arbeiterfreund betrüben muß. Ist es an und für sich schon bedauerlich, daß bei jedem noch so winzigen Kleinkriege vor Zugzwang fortwährend gewarnt werden muß, so ist es noch viel bedauerlicher, daß sich jede Gewerkschaft in Kriegszeiten auf das Betteln und Betteln legen muß. Wie lauten diese Unterstützungsauftrufe alle, ungehörig so: Unsere Kollegen sind dort und dort so und so lange im Auslande, die haben sich früher bei jeder Gelegenheit so und so opferwillig gezeigt, versprechen daselbst wieder zu werden, womöglich mit Zinsen zurückzuzahlen, schnelle Hilfe tut not usw. Das muß beseitigt werden. Das muß in Zukunft gewissermaßen auf Kommando von oben erfolgen, und jeder halbwegs Denkende wird sich diesem Kommando gerne fügen, weil er weiß, es geschieht zum Wohle der Gesamtheit.

Wenn der Arbeiterschaft ebensoviel Mittel wie dem Unternehmertum zur Verfügung ständen, wäre es ein Leichtes, mit diesem fertig zu werden. Aber die Behörden mit ihrer eigenartigen Gesetzesauslegung wälzen der Arbeiterschaft hauptsächlich in Kriegszeiten so viel Steine in den Weg, daß der ganze Scharfsinn zusammengenommen werden muß, um trotz aller Vorfrist nicht darüber zu stolpern. Während z. B. die Unternehmer ungestrast schwarze Listen versenden und tüchtige, ja sogar die tüchtigsten Arbeiter auf Jahre boykottieren, wird der Arbeiter, sobald er von diesem Mittel Gebrauch macht, ganz empfindlich bestraft. So sehr, und mit Recht, man den Boykott als un-

jähones Kampfmittel verwirft, so notwendig ist er eben auch. Der Boykott hat sein häßliches Gesicht von dem Augenblicke an verloren, wo man weiß, daß der Gegner ihn ungestraft anwenden darf. Es gibt Gewerkschaften, denen im Kampfe ein richtig durchgeführter Boykott mehr nützen würde, als die größten Geldsummen. Man wird sich wohl mit dem häßlichen Kerl Boykott näher befreunden müssen und finden, daß er ein ganz hübscher und brauchbarer Kriegskamerad ist, trotzdem er noch so manchem zu Strafen wegen groben Unfugs, Berufserklärung oder sonstiger Auslegung verhelfen wird. Das wäre der Ausbau des Solidaritätsgefühls zur Solidaritätspflicht in großen Umfassen in seinem ersten Teile. Wäre dieser nun durchgeführt, müßte weiter gesritten werden und der zweite Teil, sämtliche Unterfertigungseinrichtungen betreffend, in Angriff genommen werden. Das soll heute nur angedeutet werden; es bedarf eines eignen Artikels, der zur geeigneten Zeit erscheinen soll.

Schon die nächsten Gewerkschaftskongresse und Generalversammlungen sollten sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigen, damit sich der nächste Gewerkschaftskongress schon auf festem Boden mit diesem Thema befindet und der Solidaritätspflicht nicht durch Unklarheiten die Geburt erschwert wird. Sollten auch hier noch kleine Fehler unterlaufen, so wäre das trotzdem nicht so schlimm; denn vielfach haben Fehler mehr genützt, als sie ursprünglich geschadet haben.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Leipzig I. Der Steinmetz Leonhard Ritter wurde wegen Streikbruch am Leipziger Rathausneubau ausgeschlossen.

Der Vertrauensmann.
Der Steinmetz Otto Heinrich aus Wiesbaden wird ersucht, hier seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es ist ihm kein neues Buch auszustellen.
Bernhard Nieth, Kassierer.

Wechselburg. Das Reisegeschäft wird bei Emil Weber (Konsum) ausgezahlt.

Alt-Warthau. Die Herberge befindet sich im Gasthaus zum Steinberg bei Paul Starke.

Duisburg. Der Steinmetz Max Bampel, geboren am 26. Aug. zu Gera, ist von hier abgereist und hat sein Verbandsbuch in Unordnung hier liegen lassen. Es ist demselben kein neues Buch auszustellen.
Paul Montermann, Vertrauensmann.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 28. Dez. 1903 bis mit 2. Jan. 1904.
Bunzlau, Beitrag 200.—, Inserat 2.90, Eintrittsmarken 10.—; Riesa, Beitrag 18.—; Grünfeld, Beitrag 7.20; Konstant, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 5.—, Erlagsmarke 0.25, Delegiertensteuer 1.50; Wenig-Radwis, Inserat 3.20; Wenig-Radwis, Beitrag 239.64, Inserat 2.40, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 0.50; Bruchmühl, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 8.—, 4. Du. 4.80; Bittermark, 4. Du. 7.80, Beitrag 31.68; Mitweida, Beitrag 152.—, Eintrittsmarken 2.50; St. Gallen, 3. u. 4. Du. 10.60; Ober-Schlema, 4. Du. 1.80; Berlin (Meuser), 4. Du. 31.80; Mannheim, Beitrag 129.28, Eintrittsmarken 1.—, Delegiertensteuer 3.—; Birna, Beitrag 388.24, Eintrittsmarken 3.50, 4. Du. 39.—; Berlin I, Beitrag 800.—, Delegiertensteuer 15.75, Eintrittsmarken 26.75, Inserat 13.70; Neundorf, Beitrag 4. Du. 54.—, Inserat 2.70, Delegiertensteuer 1.25, Eintrittsmarken 3.50, Beitrag 100.—; Kassel, 4. Du. 1.80; Kiel, 4. Du. 10.80; Halle, Beitrag 96.—, Eintrittsmarken 6.—, Matarmen 7.25, Delegiertensteuer 5.50, Hauptbuch 2.—; Forbach, Streikunterstützung 12.80; Altenburg, Beitrag 12.50; Bremen I, Inserat 1.30, Delegiertensteuer 4.75, Eintrittsmarken 3.—, 4. Du. 37.20, Beitrag 64.—; Chemnitz, Beitrag 369.—, Eintrittsmarken 2.50, Delegiertensteuer 1.25, 4. Du. 21.—; Mühlhausen i. Th., Beitrag 45.44, 4. Du. 18.—; Hamburg I, 4. Du. 24.60, Beitrag 30.60; Rothenburg, Eintrittsmarken 3.50, Delegiertensteuer 2.50; Gotha, 4. Du. 3.50, Op. Ital. 0.75, Beitrag 70.66, Hauptbuch 2.—, Matarmen 2.75, Eintrittsmarken 0.50, Delegiertensteuer 2.75; Babelsberg, Inserat 5.80; Tröbitz, 4. Du. 4.80; Hof, Beitrag 52.16, 4. Du. 2.70; Berned, Beitrag 43.12, Eintrittsmarken 3.50, Delegiertensteuer 1.50; Schwarzenbach, Hauptbuch 1.—, Eintrittsmarken 2.50, Delegiertensteuer 3.75, 4. Du. 26.10; Berlin (Faber), 4. Du. 4.80; Erfurt, Beitrag 75.—, 4. Du. 27.—, Eintrittsmarken 5.—, Delegiertensteuer 1.25; Frankfurt a. Ober, Beitrag 9.60, Inserat 3.—; Hainrode, Beitrag 30.40, Eintrittsmarken 1.50; Weimar, Beitrag 4.90; Weiskensels, 3. u. 4. Du. 2.70, Beitrag 2.80; Nebra, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 1.50, 4. Du. 9.—; Trensforth, Brotschüre 1.—, Delegiertensteuer 2.—, Hauptbuch 2.50, 4. Du. 2.80, Eintrittsmarken 4.50, Stempel 1.50; Stuttgart I, 4. Du. 21.60, Inserat 1.60; Heilbronn, Beitrag 44.80, 4. Du. 1.80, Delegiertensteuer 1.75; Leopoldthal, Beitrag 19.84, Delegiertensteuer 0.25, Eintrittsmarken 2.—, 4. Du. 3.60; Hildesheim, Beitrag 5.60; Leipzig I, 4. Du. 78.—, Delegiertensteuer 10.75, Eintrittsmarken 1.50, Beitrag 344.—; Hufdorf, Beitrag 16.—; Görlitz, Beitrag 96.—, Eintrittsmarken 5.—; Mainz, Beitrag 32.—; Dierholz, Beitrag 112.—, 4. Du. 11.40; Eisenach, Beitrag 49.60, 4. Du. 8.40, Inserat 1.40, Eintrittsmarken 0.50; Lößau, Protokolle 4.50, Eintrittsmarken 0.50, Beitrag 128.—; Königshain, 4. Du. 1.20; Greißenwald, Beitrag 30.80, 4. Du. 16.80, Eintrittsmarken 1.—, Delegiertensteuer 1.—; Preßburg, 4. Du. 1.02; Deutmannsdorf, Beitrag 96.—, Stempel 1.—, 4. Du. 11.40; Wechselburg, Beitrag 112.—, Eintrittsmarken 0.50, Delegiertensteuer 4.75, 4. Du. 6.—, Inserat 1.20; Radolitzell, Beitrag 28.—; Fachsenbach, Beitrag 20.44, Hauptbuch 2.—, Delegiertensteuer 2.75, Matarmen 0.25, Eintrittsmarken 8.—; Lahr, Hauptbuch 2.50, Delegiertensteuer 0.50; Duisburg, 4. Du. 12.—; Poitz, Beitrag 196.—, Eintrittsmarken 32.—, Erlagsmarken 2.—, Delegiertensteuer 18.75, Hauptbuch 2.—, 4. Du. 21.—, Op. Ital. 1.50; Falkenstein, 4. Du. 1.50; Grimma, Beitrag 38.86, Eintrittsmarken 5.—, 4. Du. 10.20, Delegiertensteuer 7.50; Ruberling, 1. Du. 1904 0.90; Zwidau, Beitrag 117.76, Eintrittsmarken 0.50, Matarmen 1.75, Delegiertensteuer 0.50, 4. Du. 24.—; Ottenhöfen, Beitrag 104.15; Brandenburg, Beitrag 16.32, Eintrittsmarken 0.50; Hannover, Eintrittsmarken 1.50, Erlagsmarken 0.50, Inserat 1.70, 4. Du. 2.30; Büsch (Kolb), Inserat 3.20; Gera, 4. Du. 7.80, Beitrag 71.68; Delegiertensteuer 0.25; Offenbach, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 1.—, 4. Du. 22.80; Vandau, Beitrag 28.—; Köchnitz, Beitrag 224.—, 4. Du. 30.20; Wandersleben, Beitrag 31.—, IV. Du. 7.80; Hamburg II, Beitrag 160.—, 4. Du. 27.—; Münchberg, 4. Du. 5.40, Beitrag 99.68, Eintrittsmarken 1.—, Delegiertensteuer 0.50; Kappelrodeck, 4. Du. 3.—; Reinheim, Hauptbuch 2.50, Stempel 1.50, Brotschüre 1.—, Farbflecken 0.50, Beitrag 4.88, Delegiertensteuer 4.50, Eintrittsmarken 3.—; Büschberg, 1. Du. 1904 4.20; Embden, Beitrag 20.—; Brackweide, 4. Du. 3.60, Inserat 0.80, Delegiertensteuer 2.—, Eintrittsmarken 1.—, Beitrag 3.36; Mühlhausen i. Th., Beitrag 256.—; Nördlingen, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 2.50, Delegiertensteuer 0.50, 4. Du. 2.20; Bayreuth, Beitrag 99.96, 4. Du. 7.80; Lübeck, Beitrag 32.—, Eintrittsmarken 2.—, 4. Du. 6.60; Striegan, Beitrag 606.68, Brotschüre 2.—, Eintrittsmarken 38.50, Delegiertensteuer 6.50; Koburg, Beitrag 90.—, Eintrittsmarken 4.—, 4. Du. 9.60; Stettin, Beitrag 15.20, 4. Du. 8.10; Waagen, Beitrag 112.—; München, Beitrag 115.20, 4. Du. 52.20, Op. Ital. 2.25, Erlagsmarken 0.50; Kelheim, 4. Du. 9.60, Eintrittsmarken 7.50, Inserat 1.—; Freiburg i. B., Eintrittsmarken 12.50, Matarmen 15.—, Delegiertensteuer 7.25; Leipzig (Gibner), Beitrag 0.40; Wien, 4. Du. 3.60; Selb, 4. Du. 4.80; Kassel, Eintrittsmarken 5.50, Delegiertensteuer 1.75, Beitrag 33.—; Blagwitz, Beitrag 94.40; Bunzibell, 4. Du. 6.—, Beitrag 66.92, Erlagsmarke 0.25, Eintrittsmarken 0.50; Högburg, 4. Du. 6.—, Eintrittsmarken 1.—, Delegierten-

steuer 1.—, Stempelflecken 0.50, Beitrag 48.68; Waagen, 4. Du. 42.—; Hoop bei Kassel, 4. Du. 15.—; Schneeberg, Beitrag 59.92, Delegiertensteuer 2.—, Erlagsmarke 0.25; Plauen, Beitrag 84.—, 4. Du. 6.—; Elberfeld, 4. Du. 12.60; Blafat 1.50, Delegiertensteuer 1.50, Eintrittsmarken 1.—, Beitrag 64.—. Felix Lange.
Vertichtigung: Am 8. Dezember ist von Demis-Thumitz folgender Betrag eingegangen: Beitragsmarken 147.72, Eintrittsmarken 7.50, Delegiertensteuer 1.—.

Litterarisches.

Grimmitzschau unterm Belagerungszustand. Die erste Auflage der unter diesem Titel im Kommissionsverlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Broschüre ist bereits vergriffen. Die Schrift enthält eine Darstellung der Ursachen und der Geschichte der Aussperrung von G. Schöpflin; einen Artikel: Der Streik als Klassenkampf von F. Mehring; ein Bild aus dem Streifen: Wir halten aus von E. Rosenow; ein Gedicht von Klara Müller: Den Aussperrten und ein Schlüssgedicht von R. Lavant. Die Darstellung ist unterstützt durch charakteristische Illustrationen, die nach in Grimmitzschau aufgenommenen Photographien gezeichnet sind. Der Einzelpreis ist 15 Pfg. Bei Partiebezug Rabatt. Der Uberschuß aus dem Verkauf der Broschüre wird den Aussperrten überwiesen. Bestellungen werden umgehend erbeten und sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 14. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Streik in Grimmitzschau. — Der Zusammenbruch des niederländischen Kolonialsystems. Von W. S. Vliegen. — Der russisch-japanische Konflikt. Von M. Beer. — Albert Schöffle. Von Franz Mehring. — Verzte und Krankenkassen. Von Julius Fröhndorf-Dresden. — Zur Frage des Generalstreiks. Von einem Bohnarbeiter. (H. Klüchig). — Litterarische Rundschau: Franz W. Feldhaus, Ingenieur, Region der Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik in chronologischer Uebersicht. Von W.

Briefkasten.

Mannheim. Derartige Erklärungen lehnen wir für den Steinarbeiter ab.

B. Lasse Dir das Programm der kaiserlichen Fachschule für Steinbearbeitung in Laas (Tirol) kommen. In Deutschland bestehen solche Institute in Böhmi, Görlitz (diese Schule war früher in Magdeburg) sowie in Bischofsberga und Passau. Die Kosten für ein Semester betragen ca. 450 Mark. Vorkenntnisse in der Algebra sind in erster Linie wünschenswert.

Ottenshöfen. Solche Bekanntmachungen nehmen wir nicht auf. Der Hinweis verfehlt vollständig seinen Zweck bei so wenig Abonnenten.

Die Nr. 1 des neuen Jahrganges des Korrespondenzblattes erscheint erst am 9. Januar, somit kann bei dieser Steinarbeiterfendung daselbe nicht beigelegt werden.

Anzeigen.

Gaukonferenz des 8. Gaus.

Vorort: Düsseldorf.

Am Sonntag, den 24. Januar findet im Lokale von L. Möser in Duisburg, Unterstraße, vormittags 10 Uhr beginnend, die Gaukonferenz mit nachstehender Tagesordnung statt:

1. Bericht der Gauleitung.
2. Organisation und Agitation.
3. Stellungnahme event. Anträge zur Generalversammlung.
4. Verschiedenes.

Jede Zahlstelle ist berechtigt, mehrere Delegierte zu entsenden. Delegierte aus unorganisierten Orten sind freundlich willkommen. Ebenfalls ist die Anteilnahme eingeladener Kollegen erwünscht. Für die entstehenden Kosten haben die Orte selbst aufzukommen.

Die Gauleitung.

3 B.: Heinrich Schmitt
Düsseldorf, Stefanienstraße 2, I.

Berlin I.

Sonntag, den 10. Januar, vormittags 10 Uhr Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Todes-Anzeigen.

Am 23. Dezember starb unser Kollege

Friedrich Pinkert

im Alter von 29 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Bunzlau.

Am 23. Dezember starb unser Kollege

Reinhold Boksleitner

im Alter von 28 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Organisation der Steinarbeiter von Riesa.

Am 28. Dezember starb unser Kollege

Johann Wilhelm

im Alter von 33 Jahren; er schied freiwillig aus dem Leben.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter v. Heppenheim.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck des Leipziger Buchdruckers Altinger.